

Universität Bielefeld • Postfach 10 01 31 • 33501 Bielefeld

Herrn Bundeskanzler
Gerhard Schröder
Bundeskanzleramt
Willy-Brandt-Str. 1

10557 Berlin

Prof. Dr. Bernhard Badura

Telefon: (0521) 106 - 00

Durchwahl: (0521) 106 - 4263

Telefax: (0521) 106 - 6429

E-Mail: bernhard.badura@uni-bielefeld.de

www.uni-bielefeld.de/gesundhw

Bielefeld, 03.03.2003

Offener Brief der Deutschen Gesellschaft für Public Health zur Gesundheitsreform

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,

die Deutsche Gesellschaft für Public Health begrüßt und unterstützt Ihre Bemühungen zur grundlegenden Reform unseres Gesundheitswesens. Der Erfolg dieser Bemühungen wird aus unserer Sicht ganz wesentlich davon abhängen, dass es Ihrer Regierung gelingt, nicht nur Akzeptanz bei den bekannten Interessengruppen zu finden. Unser Staat sollte jetzt und zukünftig als Anwalt der Versicherten und Patienten wirken statt wie bisher vornehmlich den Interessen der Anbieter zu folgen. Erfolgsmaßstäbe einer grundlegenden Reform sollten daher sein, wieweit:

1. die einzelnen Reformschritte flexibel auf die tatsächlichen Bedürfnisse und Versorgungsnotwendigkeiten der Bevölkerung eingehen,
2. die Interessen der Beschäftigten an gesunden Arbeitsbedingungen und angemessener Vergütung gewahrt werden,
3. an kulturell tief verankerten Prinzipien und Werten unserer Sozialverfassung festgehalten wird;
4. unserer Volkswirtschaft geholfen wird, auf einen nachhaltigen Wachstumspfad zurückzukehren.

Die Versorgungsbedürfnisse hierzulande und in der gesamten Europäischen Union sind beherrscht von einer überschaubaren Zahl chronischer Erkrankungen. Erstes Ziel der Reform muss es daher sein, Strukturen und Prozesse im Gesundheitswesen auf deren Verhütung und Behandlung auszurichten – in enger Zusammenarbeit mit den Experten, Bürgern und Patienten.

Fertige Patentrezepte, wie dabei im einzelnen vorzugehen ist, gibt es z.Z. nicht, wohl aber zahlreiche teils abschreckende, teils ermutigende Beispiele aus dem In- und Ausland. In jedem Fall erfordert eine grundlegende Restrukturierung längeren Atem, sowie klare Ziele und Zuständigkeiten.

Damit die Beschäftigten im Gesundheitswesen dafür aufgeschlossen und motiviert sind, müssen sie besser geführt werden und zusammenarbeiten – über die Grenzen einzelner Berufsgruppen und Einrichtungen hinweg. Und sie müssen bereits schon während ihrer klinischen Ausbildung Sozial- und Organisationskompetenz erwerben und lernen, patientenorientiert und nicht nur organ- und technikkorientiert zu arbeiten.

Kooperierende Institutionen: von Bodenschwingsche Anstalten Bethel, Bielefeld; Evangelisches Johanneswerk, Bielefeld; Fachbereich Pflege und Gesundheit der Fachhochschule Bielefeld; Herz- und Diabeteszentrum, Bad Oeynhausen; Landesinstitut für den öffentlichen Gesundheitsdienst (LOGD), Bielefeld; Städtische Kliniken, Bielefeld; Franziskus-Hospital, Bielefeld; Universität Witten/Herdecke; Westfälische Klinik für Psychiatrie, Psychotherapie, Psychosomatik und Neurologie Gütersloh; Landschaftsverband Westfalen-Lippe; Westfälisches Zentrum für Psychiatrie und Psychotherapie Paderborn; Kreis Minden/Lübbecke; Kreis Unna

Universitätskasse: Westdeutsche Landesbank, Girozentrale Bielefeld, BLZ: 480 500 00 Konto: 6 10 36
Dienstgebäude: Universität Bielefeld, Universitätsstraße 25, 33615 Bielefeld
Öffentliche Verkehrsmittel: Stadtbahn Linie 4 (ab Jahnplatz und Hauptbahnhof)



Wird die von Ihnen beabsichtigte Reform einen solchen versicherten- und patientenorientierten Reformpfad beschreiten oder geht es vor allem um Krisenmanagement und Beitragssatzstabilität?

Mit großer Sorge beobachten wir in der gegenwärtig geführten Diskussion von Regierungsseite eine Tendenz, den Erfolg der Reform einseitig in einer Neuordnung der ganz gewiss auch reformbedürftigen Einnahmenseite zu suchen – ohne den Mängeln in der Struktur-, Prozess- und Ergebnisqualität entgegenzuwirken, die jüngst vom Sachverständigenrat für die konzertierte Aktion im Gesundheitswesen angemerkt worden sind.

Gemeinsam mit dem Sachverständigenrat und in großer Übereinstimmung mit allen maßgeblichen Public Health-Experten empfehlen wir daher dringend die Einrichtung eines Deutschen Instituts zur Qualitätsentwicklung im Gesundheitswesen. Seine Aufgabe sollte sein: die Beobachtung und Analyse der Versorgungsqualität hierzulande, die Unterrichtung der Bürger, Versicherten und Patienten über Differenzen zwischen erwartbarer und tatsächlicher Qualität einzelner Anbieter und Institutionen und die Einbeziehung der Verbesserungsvorschläge, Bedürfnisse und Erwartung der Patienten in die Leitlinienentwicklung und die gesundheitspolitische Willensbildung.

Wir empfehlen dringend einen besseren Schutz der Bürger vor Erkrankung durch energischen Ausbau von Gesundheitsförderung und Prävention – auch zur Kostendämpfung in unseren Sozialversicherungssystemen.

Tatsache ist, dass Ihre Regierung sich einem europaweiten Verbot der Werbung für Zigaretten entgegenstellt. Tatsache ist, dass Ihre Regierung – wie andere vor ihr auch – nicht unbeträchtliche Steuereinnahmen durch den Verkauf krankmachender Konsumgüter verbucht. Tatsache ist schließlich drittens, dass Ihre Regierung sich bisher außerstande sieht, das von Ihrer Gesundheitsministerin, Frau Schmidt, auch auf unsere Anregung gegründete Deutsche Forum für Prävention und Gesundheitsförderung mit entsprechenden Investitionsmitteln auszustatten. Eine solche Politik stellt die Glaubwürdigkeit Ihrer Regierung in Frage und ist u. E. auch ethisch nicht vertretbar.

Aus unserer Sicht völlig unverständlich wäre es, sollte sich Ihre Regierung vom Solidarprinzip verabschieden, ohne den ernsthaften Versuch einer Konsolidierung des Gesundheitsbudgets durch Abbau von Überkapazitäten und Bekämpfen überflüssiger Leistungen zu machen. Aus unserer Sicht völlig unverständlich wäre es zudem, den Bürgern, Versicherten und Patienten erhöhte finanzielle Eigenverantwortung abzuverlangen – ohne ihnen ausreichende Transparenz über Kosten und Qualität zu gewähren. Erst dadurch werden wir alle zur intelligenten Nutzung der angebotenen Leistungen befähigt, befähigt auch mitzuwirken bei der Weiterentwicklung einzelner Versorgungsstrukturen und -leistungen und bei der Prioritätensetzung im Gesundheitswesen.

Prof. Dr. Bernhard Badura
Prof. Dr. Dr. Wilhelm Kirch
Prof. Dr. Jürgen v. Troschke

Mit vorzüglicher Hochachtung
Für den Vorstand:

(Prof. Dr. B. Badura)

